

1 **Pressemitteilung:**
2 **Rassismus in der Mitte der Bevölkerung bekämpfen –**
3 **Soziale Arbeit wichtiger Beitrag**

4 Erstmals sprachen sich Industrie und Politik vehement für Einwanderung aus. Kein
5 Wunder, denn soll der soziale Rechtsstaat nicht gefährdet werden, das deutsche System
6 der Sozialversicherung nicht vollends zusammen brechen und die besondere
7 demographische Struktur den Arbeitsmarkt nicht leeren, braucht es eine jährliche
8 Einwanderung, die in die Hundertausende geht.

9 Und so verändert sich der Fokus in der Sichtweise von Freizügigkeit und Einwanderung.
10 Kaum aber sind im Zuge der „GreenCard-Diskussion“ erste kritische Töne zu hören,
11 suchen Nazis Anschluß und gehen auf Menschenjagd. Doch anders als noch vor einigen
12 Jahren sprechen sich Wirtschaft und Politik gemeinsam gegen diese Entwicklung aus.
13 Als größter Berufsverband in der Sozialen Arbeit kritisiert der DBSH eine Verkürzung der
14 Sichtweise des Problems auf Rechtsradikalismus und gewaltbereite Jugendliche. Erst
15 wenn der Zusammenhang Rassismus, Einwanderung und gesellschaftliche Widersprüche
16 in Deutschland gesehen wird, kann Soziale Arbeit einen wichtigen Beitrag für eine offene
17 und tolerante Gesellschaft leisten. Dazu bedarf es jedoch staatlicher Vorgaben und eines
18 umfassenden Verständnisses des Problems.

19 Der in Medien und Politik entfaltete Kreativitätswettbewerb, wie den „Rechtsradikalen“ Einhalt zu
20 gebieten ist, hilft angesichts der gegenwärtigen Entwicklung nur wenig weiter:
21 Seit Jahren machen Untersuchungen europaweit einen ca. 30-%igen Anteil in der Bevölkerung
22 aus der rassistischen Gedankengut zustimmt (Quelle: EU Kommission). In Deutschland sind es
23 ca. 10 %, für die die „Ausländerfrage“ (Quelle: FORSA) wahlentscheidend ist und die ein
24 rechtsextremes Gedankengut vertreten.

25 Rassismus ist, nicht zuletzt unterstützt durch die immer wieder präsente Asyldebatte und den
26 ständigen Mediendiskurs, der „Ausländer“ mit „Problem“ gleichsetzt, salonfähig geworden.
27 Es entsteht ein Teufelskreis: Politik und Medien suchen Anschluß an Stimmungen in der
28 Bevölkerung, und diese suchen nach Anschluß in Politik und Medien. Es muss merkwürdig
29 stimmen, wenn diese Verbindung von Politik und Bevölkerung gerade dann gelingt, wenn es um
30 den (restriktiven) Umgang mit Minderheiten geht, nicht aber, wenn Gesellschaft sozialer gestaltet
31 werden soll.

32 Sicher, es gibt eine wachsende Organisationsfähigkeit Rechtsradikaler, die Gewaltbereitschaft
33 nimmt in Teilen der sich immer weiter aufspaltenden Jugendkulturen erschreckend zu, es ist
34 unerträglich, wenn ganze Gegenden in Deutschland zur „ausländerfreien Zone“ avancieren.
35 **Wirklich gefährlich aber ist der Rassismus, der aus der Mitte der Bevölkerung heraus**
36 **entsteht und immer wieder bestätigt wird.**

37 **So gesehen ist es ein Fortschritt, wenn quer durch die Gesellschaft betont wird, dass**
38 **Einwanderung wichtig für die Sicherung von Wirtschaft und Sozialem in Deutschland ist.**
39 Den Kirchen und vielen PolitikerInnen ist hoch anzurechnen, wenn sie dabei nicht spalten
40 zwischen „lohnenden“ Ausländern (IT-Spezialisten) und denjenigen, die „Zuschussgeschäft“
41 (Asylsuchende) sind. Aber es braucht mehr als ökonomische Rahmensexzung und moralische
42 Attitüde.

43 Wer Einwanderung und eine Gesellschaft will, die eingebettet in internationale Strukturen, im
44 eigenen Land Unterschiedlichkeit von Herkunft und Orientierung als Gewinn gestaltet, **muss**
45 **einen auch rechtlichen Rahmen schaffen, der die Diskriminierung aller Minderheiten**
46 **wirksam unterbindet und Hilfen anbietet.** Dabei kann das Gemeinwesen auch Anforderungen
47 an die Minderheiten selbst stellen: Sprachkenntnisse, Toleranz und Bereitschaft zur
48 Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft. Dabei ist zu bedenken, dass z.B.
49 Arbeitsverbote für AsylbewerberInnen erst den Grund für Rechtsradikale schaffen, die von
50 „schmarotzenden Ausländern“ sprechen.
51 Andere Länder haben uns dies vorgemacht: Vor allem in den USA, den Niederlanden und in

- 52 Großbritannien – Diskriminierungsverbote, drastische und schnelle Strafen, Hilfeangebote und
 53 Normsetzungen schaffen Klarheit und betonen „sie gehören zu uns“.
- 54 Dies allein aber wird nicht ausreichen. **Dort wo bei Teilen der Bevölkerung Unsicherheit, Perspektivlosigkeit und Ohnmacht zentrale Lebensgefühle sind, fühlen sich die Menschen selbst nicht mehr als „dazugehörig“.** Im Gefühl der eigenen Fremdheit scheint es schwer zu ertragen sein, wenn Fremde nicht mehr fremd sein sollen. Und spätestens an dieser Stelle reicht es nicht mehr aus, wenn das einzige Identitätsangebot der Politik das der ökonomischen Notwendigkeit ist.
- 60 Der tätige Sozialstaat kann helfen allen BürgerInnen materielle Sicherheit zu geben. Aber es braucht mehr. Identität vollzieht sich im eigenen Tun, im Erleben von Anerkennung und damit verbunden auch von Unterschiedlichkeit. Gerade in den neuen Bundesländern brauchen wir Angebote, die dies vermitteln und Arbeit und ihre Wertigkeit anders definieren, als über die Beschäftigung in ABM und „Arbeit statt Sozialhilfe“. **Es bedarf der Einladung, das eigene Gemeinwesen erfolgreich zu gestalten, auch hier gilt, Resignation und Ohnmacht lässt sich nur in der Möglichkeit zum eigenen Tun auflösen. Allerdings gilt es dieses Tun der BürgerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft, mit Forderungen an Toleranz und Verständigungsbereitschaft zu verbinden.**
- 69 Als DBSH bleiben wir nicht unbeteiligt, wenn im Zusammenhang von Rassismus immer nur die Rede davon ist, ob man Neonazis mit Nulltoleranz oder mit Sozialarbeit begegnen soll. **Wer Rassismus allein mit Sozialer Arbeit als „Krisenreaktionskraft“ für die „Gefährdeten“ und mit Polizei und Justiz für die Straftäter bekämpfen will, versteht Rassismus nur als Naturereignis, das ähnlich wie die Waldbrände in den USA irgendwann wieder aufhört.**
- 74 Wir brauchen ein Ernstnehmen der Gefahr, die von rechtsradikalen (Jugend-) Szenen nicht nur für deren Opfer ausgeht. **Akzeptierende Jugendarbeit bedeutet nicht, strafbare Handlungen zu akzeptieren.** Hier braucht es vor allem schnelle und angemessene Strafen, aber keine Gesetzesänderungen.
- 78 Akzeptierende Jugendarbeit bedeutet aber sehr wohl mit „anfälligen“ Jugendlichen systematisch zu arbeiten und Angebote von Beschäftigung und gegen die Ohnmacht zu machen.
- 80 Andererseits muss Soziale Arbeit gerade für Jugendliche, die sich gegen die genannten Entwicklungen stellen, Angebote gestalten, Freiräume geben und Schutz gewähren.
- 82 Soziale Arbeit ist entscheidend an der Gestaltung der Gemeinwesen zu beteiligen, wenn es darum geht, neue Arbeit zu definieren, die Ödnis verdichteter Hochhaussiedlungen zu überwinden, Partizipation und Empowerment zu motivieren. Das Programm „Soziale Stadt“ könnte ein Ansatz sein. Doch leider wird es meist als Stadtmarketing von überforderten Stadtplanern und Architekten umgesetzt und mit zu viel Geld für Baumaßnahmen und zu wenig für konkrete Arbeit ausgestattet.
- 88 Soziale Leistungen wären so zu gestalten, dass sich deren Empfänger nicht als hilflose Bittsteller fühlen müssen. Arbeitsmarktprogramme sollten Sinn stiftend, statt luftleer im Raum stehend nur einmal mehr das Gefühl des nicht dazu Gehörens vermitteln.
- 91 Soziale Arbeit ist an der Bearbeitung des Themas „Rassismus“ an all den Orten zu beteiligen, wo Menschen in der Begegnung miteinander stehen. Es bedarf keiner neuen Broschüren und Rockkonzerte für Leute, die es ohnehin schon wissen. Öffentlichkeitsarbeit muss im „Feld“ stattfinden, und nicht auf Plätzen und an Orten, die künstlich aufgebaut werden.
- 95 Soziale Arbeit ist an der Gestaltung von Einwanderung selbst zu beteiligen. Noch immer sind die Migrationsdienste der Sozialen Arbeit bei den Wohlfahrtsverbänden in ihren Zuständigkeiten entsprechend der Nationalitäten der früheren Anwerbestaaten aufgeteilt. Derweil hat sich aber eine vollständig andere Einwanderungsstruktur entwickelt. Wenn es zu der prognostizierten notwendigen Einwanderung kommt, bedarf es diesmal, anders als noch in den 70er Jahren einer systematischen Förderung Sozialer Arbeit und Normsetzungen, die von allen Beteiligten, auch

- 101 von den Menschen, die nach Deutschland einwandern, Bedingungen an Toleranz, kulturelle
102 Kompetenz und Mitwirkung stellen.
- 103 Soziale Arbeit ist daran zu beteiligen, wenn es darum geht, Diskriminierung zu verhindern und
104 Schutz zu bieten. Die Antidiskriminierungsbüros in den Niederlanden oder in Großbritannien sind
105 hier beispielhaft.
- 106 Soziale Arbeit muss aber auch Grenzen setzen in dem, was sie nicht leisten kann. Sie ist nur eine
107 Möglichkeit des Handelns. Der Staat insgesamt muss Zeichen setzen, Straftaten verfolgen,
108 Diskriminierung wirksam verhindern und Angebote machen, die Identität ermöglichen, ohne
109 „Andere“ zum „Fremden“ zu erklären.
- 110 Wilfried Nodes im Auftrag des GfV
- 111 8.669 Zeichen incl. leer